

Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon.



Wenn Neonazis mal wieder aufmarschieren, seid ihr zur Stelle. Ihr demonstriert dagegen, dass die Rechtsradikalen undemokratische, ausländerfeindliche, rassistische oder nationalistische Parolen grölen: „Ausländer raus!“, „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche!“

Einige von euch finden das öffentliche Auftreten von Neonazis mindestens unwürdig für Stadt und Land. Ein „brauner Aufmarsch“ hätte in Nürnberg, Dresden oder Hamburg nichts verloren, er würde zu dem demokratischen Deutschland von heute nicht passen, weshalb ihr den Nazis ein „buntes Bündnis“ entgegenstellt. Nur: Habt ihr euch eigentlich schon mal ernsthaft gefragt, was da nicht passen soll? Habt ihr euch wirklich schon mal Rechenschaft darüber abgelegt, was an dem politischen Programm von Rechtsradikalen, denen ihr die „rote Karte“ zeigen wollt, so grundsätzlich unverträglich mit dem offiziellen deutschen Staatsprogramm der Regierung Merkel sein soll?

Andere von euch sind dagegen der Meinung, dass sich die Neonazis gar nicht, wie so oft behauptet, „am Rande der Gesellschaft“ befinden, sondern mit ihren Ideologien die herrschenden Verhältnisse nur auf die „Spitze treiben“. Faschisten kommen nach euren Worten „aus der Mitte der Gesellschaft.“ Bloß: Wie kommt ihr dann auf die Idee, ausgerechnet die rechte Splittergruppe, die von der „Mitte der Gesellschaft“ ge-

Schaut man sich die Parolen genauer an, fragt man sich: Worin unterscheiden sich die Nazis eigentlich vom demokratischen Konsens?

ächtet und ausgegrenzt wird, zu eurem Hauptgegner zu erklären? Nehmt ihr eure eigene Kritik an dem „ausbeuterischen und nationalistischen Normalzustand“ dieser Gesellschaft überhaupt ernst, wenn ihr ihn vordringlich und zuallererst bei den Faschisten kritisieren und bekämpfen wollt?

Schaut man sich die Parolen der Braunen einmal an, fragt man sich schon: Gegen welchen demokratischen Konsens verstoßen die eigentlich?

☛ **„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“**

Klar, sagen tut das so niemand unter den gewählten Politikern, sie haben es sogar verboten. Schließlich haben sie ja auch Millionen ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland karren lassen, damit sie ihren billigen Dienst an der deutschen Nation verrichten. Zahllose unter ihnen dürfen das nicht mehr, sie sind überflüssig gemacht worden, weshalb alle regierenden De-

mokraten heute ein *Ausländerproblem* haben. Tagtäglich verkünden sie, dass „wir Ausländer brauchen, die uns nützen, und keine, die uns ausnützen.“ Der Bundespräsident heißt am Nationalfeiertag Ausländer willkommen, wenn und nur wenn sie sich in Deutschland nützlich machen. Sind das keine klaren Ansagen, nach welchen Maßstäben die deutsche Obrigkeit von heute die Menschen sortiert? Denn die Umkehrung, dass zigtausende arbeitslos gemachte Ausländer hier eigentlich nichts mehr verloren haben, weil sie tendenziell „in unsere Sozialsysteme einwandern“, ist in dieser großzügigen Einladung ja mit enthalten. Eine schöne Lebensperspektive für Ausländer – unter den Generalverdacht des *Schmarotzers* am deutschen Sozialstaat gestellt zu werden! Und einige Tausend fliegen jedes Jahr sowieso raus, weil sie den politischen Opportunitäten des Asylrechts oder den Bestimmungen des Ausländerrechts nicht genügen.

Echten Deutschen kann das nun tatsächlich nicht passieren; die genießen das Privileg, garantiert bis zur Bahre von der deutschen Herrschaft regiert zu werden, einer Herrschaft, die am eigenen Volk seine verlässliche Staatstreue, seine unerschütterliche *Parteilichkeit für die deutsche Nation* schätzt – weil sie eine überaus positive Bedingung zum Regieren ist, gerade wenn sich im Volk die Gründe für Unzufriedenheit durch Armut und Elend häufen.

Die deutschen Bürger danken dieses großartige Privileg ihrer Obrigkeit zutiefst, indem sie ungefähr so patriotisch denken, wie es die Nazi-Parole sagt – und zwar im Regelfall umso radikaler, je beschissener ihre soziale Lage ist. Sie haben, arbeitslos oder nicht, die Lektion gelernt, die Unzufriedenheit mit ihrer Lage – und davon künden die zahllosen Beschwerden über ebenso zahllose Ungerechtigkeiten – in eine *patriotische Anspruchshaltung* an ihre Obrigkeit münden zu lassen: *Ihr Staat soll ihnen beistehen in ihrem Elend! Als Deutsche verlangen sie von ihren politischen Herren Besserstellung – und das heißt immer, die oberste Gewalt soll mit den anderen, in diesem Fall den Ausländern, härter umspringen, auch wenn die die gleiche marktwirtschaftliche Not leiden wie sie selbst.*

Aus diesem allgegenwärtigen staatsbürgerlichen Sumpf erwachsen Rechtsradikale: Die nehmen die Er-

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Internet-Anarchisten im Kampf mit der US-Macht

Wikileaks enthüllt Staatsgeheimnisse

Julian Assange und seine Leute halten ihre Hacker- und „Whistle Blowing“-Aktivitäten nicht für ein modernes Robin-Hood-Spiel, mit dem sie die Mächtigen ein wenig ärgern, sondern für einen wahren Akt der Befreiung von Herrschaft und Unterdrückung. Sie kennen keine andere Unterdrückung als die Unterdrückung von Information und keine andere Herrschaft als die Herrschaft über die elektronischen Kommunikationskanäle. Wenn sie Regierungsakten ans Licht des Internet zerren, meinen sie, den Machhabern die entscheidende Säule ihrer Herrschaft zu entziehen – die Geheimhaltung und die Kontrolle des Informationsflusses. Bei der Auswahl des Materials sind die Freiheitshelden des Internet kriterienlos; sie veröffentlichen, was immer sie an Material in die Finger kriegen, das nicht mal unbedingt geheim, aber eben nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist. Sobald die Texte, Tabellen, Videos im Netz stehen, ist der Kampf von Wikileaks fertig und vorbei: Gegen ein Volk, das die Akten lesen kann oder lesen könnte, kann nicht mehr regiert werden. Was Regierungen aber vor aller Augen und erklärtermaßen treiben, das kann ja wohl nichts Schlechtes sein.

Aus dem Teil des veröffentlichten Materials, das sich dafür überhaupt eignet, machen dann andere ihr Stück Kampf um die öffentliche Meinung. Enthüllungsjournalisten decken Fakten auf, die ihnen für Skandale gut sind, und prangern die dafür Verantwortlichen an: Mit vermeintlich oder wirklich unbekanntem hässlichen Fakten wollen sie die offizielle positive Sicht der Kriege, der sozialen Verhältnisse, der Gesundheits- und Umweltsituation etc. unserer freiheitlichen Heimatländer widerlegen und den Menschen die Augen über Versäumnisse und Missstände öffnen. Auch sie täuschen sich. Fakten – auch hässliche – sind keine Argumente: Im Wesentlichen ist in den westlichen Demokratien alles bekannt, auch die schlimmsten Brutalitäten der Kriegführung; und wenn doch einmal nicht, dann hängt Billigung oder Kritik der Taten der Regierung nicht am neuen Faktum, sondern daran, wie es erklärt und verstanden wird. Das aber ist gerade nicht die Sache der Enthüller: Sie wollen Fakten sprechen lassen.

Gegen den populären Kampf um Information und Informationsfreiheit gibt es etwas klarzustellen: Moderne Herrschaft funktioniert nicht darüber, dass Informationen unterdrückt und Bürger über die Taten der Regierung im Dunkeln gelassen werden. Das ist gerade die Stärke der kapitalistischen Demokratie, dass sie nichts verheimlichen muss, um die Regierten auf die Staatsräson und ihre Konsequenzen zu verpflichten.

20.1. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

wartung, dass die politischen Herren exklusiv für sie zuständig sind, bitter ernst und sind von den Taten ihrer demokratischen Regierung tief enttäuscht. Die Kalkulationen demokratischer Ausländerpolitik deuten sie sich als Schwäche und Verrat an den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes, so dass sie von eben dieser Staatsgewalt ohne Umschweife und direkt fordern: *„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“*

☛ **„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche. Sozial geht nur national!“**

Was stört euch an dieser Forderung der Braunen nach Arbeitsplätzen? Ist es v.a. das „zuerst für Deutsche“? Dieser ausländerfeindliche Zusatz ist der „Mitte dieser Gesellschaft“ doch

gar nicht so fremd. Die Mehrheit aller Deutschen, die auf Arbeit angewiesen sind, hat ihn im Kopf, wenn sie „3 Millionen Arbeitslose“ und „3 Millionen Ausländer in Deutschland“ gegeneinander aufrechnen: Deutsche verlangen vom Staat eine *Vorzugsbehandlung*, damit sie und nicht die Falschen mit einem Arbeitsplatz über die Runden kommen. Es geht um ihren Lebensunterhalt, und da schauen sie als Erstes zugleich demutsvoll und fordernd nach oben, zur Obrigkeit, von der sie Hilfe erwarten, ausgerechnet von der Herrschaft, die den ganzen kapitalistischen Laden eingerichtet hat, ihn zusammenhält und ihnen all dieses kapitalistische Elend eingebrockt hat! Hilfe verlangen sie ausgerechnet gegen ihre ausländischen Klassen- ▶ Seite 4

Nationalismus global

Der Ausländer und das Problem, das er darstellt

Überall gibt es Ärger mit den Ausländern – mehr als lange üblich: In Deutschland, Österreich, den USA, in Frankreich, das rumänische Roma deportiert, in England, wo eine British National Party Streiks gegen die Beschäftigung osteuropäischer EU-Bürger organisiert; in einer ganzen Reihe weiterer EU-Staaten, wo ausländerfeindliche Parteien Wahlen gewinnen. Immer wieder und immer massiver stören sich politische Parteien und Regierungen am Vorhandensein, an der Zahl oder der Verfassung von Bevölkerungsteilen, die als nicht dazugehörig identifiziert und vom Hauptvolk abgegrenzt werden. Diese Ab- und Ausgrenzung lebt von der Scheidung zwischen zwei Sorten von Menschen, welche niemand anderes als die Staatsmacht in die Welt setzt: Zwischen solchen, die zu ihr gehören, ganz und gar ihrer exklusiven hoheitlichen Gewalt unterworfen sind, also nicht umhinkommen, ihre Ansprüche zu bedienen – sie genießen als Inländer das interessante Recht, im Bereich dieser Hoheit leben zu dürfen. Und all denjenigen, die anderen Staaten angehören und im Land nichts verloren haben, es sei denn, der Staat hat besondere Gründe, ihnen den Aufenthalt dennoch zu gestatten – weil und solange die Fremden ihm von Nutzen sind. Ob und wann sie stören, hängt also auch nicht von ihnen ab.

1. Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft globalisiert haben, behandeln die Reichtumsquellen der ganzen Welt, über welche ihre ausländischen Konkurrenten gebieten, als Mittel der nationalen Bereicherung. Nicht nur Waren- und Kapitalmärkte, sondern auch fremdes Menschenmaterial, das als Arbeitskräftepotenzial interessant ist. Wenn das Wachstum auf dem Kapitalstandort, den die nationale Herrschaft kommandiert, es erfordert; wenn also die heimische Unternehmerrmannschaft Bedarf an bestimmten Sorten tüchtiger und preisgünstiger Arbeitermannschaften anmeldet oder gar insgesamt eine Knappheit an Arbeitskräften zu registrieren ist, welche die Löhne hochtreibt und das Wachstum beschränkt, dann öffnet die Regierung die Grenzen für Bürger fremder Länder, damit sie als mobile Reserve das verfügbare Arbeitskräftereservoir erweitern. Wenn sie genug von ihnen hat, sagt sie ‚Das reicht‘ und macht die Grenze dicht. Wenn, sei es wegen der erfolgreichen Freisetzung von Arbeitskräften durch den technologischen Fortschritt der Profitproduktion, sei es infolge einer Krise, zu viele da sind, haben sie ihre Schuldigkeit getan und werden wieder weggeschickt – Schikanen plus Rückkehrprämien sind gebräuchliche Methoden. Wenn sie auf Dauer gehalten werden sollen, dürfen großzügigerweise die Familien oder gewisse Teile derselben nachkommen, sofern sie sich an die kleinlichen, aber rechtlich einwandfrei beschlossenen Bedingungen halten, mit denen sie als Ausländer von und gegenüber den Inländern diskriminiert werden. Wenn sie sich nicht mehr nützlich machen, werden sie als lästige Kostenfaktoren behandelt und als soziale Last drangsaliert. Je mehr die Einwanderer sesshaft werden und je weniger das Kapital sie braucht, desto unhandlicher werden sie als die Manövriermasse, die man ins Land geholt hatte.

Über mangelnden Nachschub an armen und verarmten, also billigen und willigen Bewerbern brauchen sich Westeuropa und

Nordamerika, die Zentren des Weltkapitalismus, nicht beklagen; anatolische Bauern müssen nicht mehr angelockt werden. Der geschäftliche Zugriff auf die ganze Welt hat für massenhaft Leute das Leben in ihren Geburtsländern unmöglich gemacht. Der Ruin der traditionellen Lebensbedingungen, den die überlegene Konkurrenzmacht der westlichen Konzerne auf dem Globus anrichtet, sorgt schon dafür, dass selbst die elendsten Löhne ein attraktives Angebot für Afrikaner, Latinos, Ost- und Südeuropäer etc. sind und bleiben. Diese Elendsflüchtlinge sind auf jeden Fall zu viele, sie stören bloß. Also werden sie vom nationalen Territorium ferngehalten, inzwischen mit allen Mitteln der militärischen Grenzsicherung. Wenn bei dem Versuch, Mauern, Stacheldrähte und Meere zu überwinden, jährlich Tausende sterben, so spricht das nur dafür, die abschreckende Grenzsicherung zu perfektionieren – dann braucht es auch keine inhumanen Auffanglager mehr in Griechenland und anderswo, jedenfalls nicht *innerhalb* Europas. Die nicht wenigen, die es dennoch über die Grenze schaffen, werden je nach herrschaftlichem Kalkül mal eine Zeitlang geduldet, denn als „Papierlose“, d.h. illegale Existenzen sind sie für ehrenwerte heimische Geschäftsleute besonders attraktiv; wenn sie Glück haben, werden sie sogar auf Zeit oder dauerhaft legalisiert; oder sie werden aufgespürt, als Verbrecher kaserniert und deportiert.

Während sie die Ärmsten der Armen, die ein Überleben suchen, mit aller Gewalt fernhalten, können die kapitalistischen Hauptmächte von einer speziellen Sorte Einwanderer gar nicht genug kriegen: Untereinander konkurrieren sie darum, aus dem globalen Pool von Wissenschaftlern und Spezialisten bis hinunter zum qualifizierten Mittelbau möglichst viele auf ihr Territorium zu ziehen und ihrer Ökonomie als human capital verfügbar zu machen. Leute, von denen man sich technologische Vorsprünge oder wenigstens Beiträge zur Produktivität

des Standorts verspricht, sollen mit attraktiven Angeboten geworben werden und unbürokratisch zuwandern können, damit „Wir“ nicht zum „Migrationsverlierer“ werden. Zur globalisierten Republik gehört es eben auch, anderen Staaten die Elite zu klauen und deren Ausbildungsleistungen aufs eigene Wachstum umzulenken.

Wieder andere Ausländer werden aus politischen Gründen ins Land gelassen und bekommen einen entsprechenden Rechtsstatus verpasst. Gern gesehen sind bisweilen „Dissidenten“, die in einem zum Feind erklärten Land verfolgt werden. Ihnen gewährt man Asyl, um den Unrechtscharakter des dortigen Regimes zu unterstreichen. Andere kommen aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen, in denen die eigene Nation militärisch involviert oder an denen sie „vital“ interessiert ist. Einigen Exemplaren von der menschlichen Basis der Kriegspartei, auf die man setzt, wird erlaubt, sich vor dem Töten und Sterben in Sicherheit zu bringen. Mit solch humanitären Aktionen macht der Staat sich als Schutzmacht für die unterstützten politischen Kräfte geltend. Den (Bürger-)Kriegsflüchtlingen bietet er Aufenthalt, solange es in seine imperialistischen Berechnungen passt. Samt der nötigen Vorschriften, versteht sich, etwa mit einem Arbeitsverbot, um ein Sesshaft-Werden zu verhindern. Das macht dann die Last besonders drückend, die die Existenz der Flüchtlinge für den Staatshaushalt darstellt. Sobald die Regierung beschließt, der Krieg sei erledigt, oder auch nur das Interesse an ihm verliert, ist auch diese Ausländerkategorie, die der politischen Flüchtlinge, nur noch ein *Problem*. Seine Lösung steht fest. Als *ehemals* nützliche Instrumente der nationalen Außenpolitik werden sie in ihr zerstörtes Bürgerkriegsland zurückexpediert, egal was sie dort an Elend oder Verfolgung erwartet. Denn das ist ihre Heimat, in die sie doch wohl zurückwollen, oder?!

So *sortieren* politische Gewalten die Ausländer der Welt: entweder *zu* oder *aus* – je nach der nützlichen oder schädlichen Rolle, die sie ihnen zuschreiben. Sie behandeln sie als menschliche Manövriermasse, als globale Ressource ihrer ökonomischen und politischen Macht. Und sie betrachten es als Privileg, das sie vergeben, wenn sie fremden Bürgern das Recht einräumen, innerhalb ihrer hoheitlichen Grenzen zu leben und – das gilt erst recht als eine Gnade – bei ihnen arbeiten und sogar die Staatsbürgerschaft erwerben zu dürfen. Derjenige, der bleiben darf, muss sich den Status verdienen, der ihm – unter ständigem Vorbehalt – gewährt wird. Er muss allen Ansprüchen des „Gastlandes“ genügen; und ob bzw. wie lange er das tut, entscheidet nicht er. Klar ist in jedem Fall eines: Einwanderer müssen mit allen Existenzbedingungen zu-recht-kommen, die ihnen diktiert werden; wie sie das machen, das ist – wie stets in der freien Gesellschaft – ihre Privatsache. Sie müssen zurecht-kommen, denn Scheitern bedroht nicht nur Einkommen und sozialen Status, sondern gleich das Recht zu leben, wo sie leben. Wenn sie alle Anforderungen auf die Art bewältigen, wie es Einwanderer seit je tun, ist es auch wieder nicht in Ordnung: Sie ziehen in

Stadtviertel, wo schon andere ihrer Nationalität leben, halten untereinander zusammen, betreiben eine inoffizielle Ökonomie in den eigenen Reihen und pflegen in der Diaspora die Sitten der alten Heimat. Damit schaffen sie das nächste Ärgernis: Sie bilden eine „Parallelgesellschaft“.

2. Der Vorwurf ist ein Witz. Die kapitalistische Nation besteht aus lauter Parallelgesellschaften, die untereinander wenig soziale Gemeinsamkeiten haben und kultivieren. Wann verkehren schon die wirklich Reichen mit Normalverbrauchern, wo trifft sich das akademische Unterhaltungsbedürfnis mit dem Zeitvertreib des Proletariats oder das Landvolk mit der Schwulenszene? Bei all den gegeneinander mehr oder weniger abgeschotteten Subkulturen steht für die Obrigkeit eines allerdings fest und wird gar nicht erst thematisiert: die Zuordnung zur eigenen Nation. Für genau die garantiert die Gemeinde der Ausländer nicht, auch wenn so mancher von ihnen inzwischen einen inländischen Pass vorzeigen kann. Ihr Anderssein begründet ein Misstrauen, das sich nicht erst rührt, wenn politische Illoyalität der Einwanderer gegenüber Gesetzen des Landes, seinen außenpolitischen Bündnissen, Feindschaften und Kriegen gefürchtet wird. Der Anspruch reicht weiter. Die Migranten stehen im Verdacht, nicht zuverlässig „Amerika“, „Deutschland“ oder „Österreich“ zu denken, wenn sie „Wir“ sagen. Womöglich buchstabieren sie Heimat immer noch anders und adressieren ihre Hoffnungen und Sorgen nicht automatisch und zuerst an die Staatsmacht, deren Gesetzen sie gehorchen; womöglich übersetzen sie Unzufriedenheit nicht in den Vorwurf schlechten Regierens und in die Sehnsucht nach besserem. Den Eingewanderten traut die Staatsmacht die fundamentale nationale Politisierung nicht zu, die sie bei ihren Eingeborenen wie eine natürliche Eigenschaft voraussetzt, die diese mit der Muttermilch eingesogen haben. Einerseits untergräbt die globalisierte Republik das bornierte überkommene Zusammengehörigkeitsgefühl des völkischen Kollektivs, wenn sie sich ihre Bevölkerung aus aller Welt zusammenholt, andererseits verlangt sie von alten und neuen Landesbewohnern genau diese allem Denken und Wollen vorausgesetzte Parteilichkeit für Volk und Staat. Das ist der Inhalt des kategorischen Imperativs der „Integration“, den die Politiker erlassen. Menschen unter ihrer Hoheit haben ihre ganze Individualität über die Zugehörigkeit zu dem Staat zu definieren, in den es sie verschlagen hat. Dass sie das auch tun, können die Zugereisten der misstrauischen Obrigkeit durch bewusste und gewollte Dokumente ihrer Anpassungsbereitschaft prinzipiell nicht beweisen. Mit der fremden Sprache, die sie untereinander sprechen, sowie mit jedem Rest von Sitten, Trachten, Lebensstilen ihres Herkunftslandes zeugen sie vielmehr von einer abweichenden, fremden Identität. An welchen Indizien die unerträgliche Randständigkeit jeweils dingfest gemacht und entlarvt wird, das lässt sich die Politik gerne von den Urteilen vorgeben, die im Volk so kur-sieren.

3. Auf dessen Ausländerfeindlichkeit ist nämlich Verlass. Sie ist Konsequenz der nationalen Identität, zu der sich die vom Staat zusammengezwungene Klassengesellschaft bekennt. Deren Insassen stellen dieses Verhältnis auf den Kopf und verstehen sich als Menschen-Kollektiv, dem die Staatsmacht dient und dessen Wohl zu mehren ihre ganze Raison ist. Die Ausländer sind aus diesem Kollektiv von vorneherein ausgeschlossen; denn sie sind ja keine Inländer, denen der Schutz des Staates gebührt. Vielmehr muss das einheimische Kollektiv sein Wohlergehen ja gegen den Egoismus und die nationalistischen Umtriebe anderer Staaten und Völker verfolgen und verteidigen. Das Volk, vor allem das in seinem Erwerb stets bedrohte Arbeitsvolk, versteht seine Zugehörigkeit zu seinem Staat als ein Privileg und eine Sicherheitsgarantie, wenn schon nicht vor den Geschäftskalkulationen der Arbeitgeber, so doch vor fremden Konkurrenten, denen dasselbe Privileg nicht zusteht. Auch wenn die Ausländer die niedrigsten und am schlechtesten entlohnten Tätigkeiten verrichten, steht fest, dass sie „uns“ ausnützen, weil sie in „unserem“ Land ihren Vorteil suchen. Generell belastet es das Vertrauensverhältnis der Volksangehörigen zu ihren Politikern, dass die es Ausländern erlauben, sich im Land aufzuhalten und den Einheimischen Arbeits- und Kindergartenplätze, Wohnungen und sonst noch was wegzunehmen. Amtsträger geraten da in den Verdacht der Untreue gegenüber ihrem Volk.

4. Die Politik benutzt und lenkt dieses Ressentiment, indem sie darauf eingeht. Es gilt ihr als ehrenwerter Standpunkt und als ein gutes Recht des Volkes, das sie nicht zurückweist, von dem sie ihre global ausgreifende Bevölkerungspolitik aber auch nicht stören lässt. Dass „Deutsche zuerst!“ drankommen, sagen nur rechtsradikale Parteien, praktisch rechtfertigt sich alle Politik vor diesem Maßstab. Was immer der Staat im Umgang mit Einwanderern für nötig hält, was er ihnen an Diskriminierung antut, an Sonderprüfungen ihrer Loyalität abverlangt und an Sonderaufsicht zumutet, alles präsentiert er den Alt-Eingesessenen als Dienst an ihnen und kann sich ihrer Zustimmung zu jeder Gemeinheit sicher sein. Wenn er Bedarf danach verspürt, kann er die Aggression des Volkes gegen beliebige national und ethnisch definierte Bevölkerungsgruppen richten und sich dann mit der Bewältigung der Spannungen und der Beseitigung ihrer Ursachen beauftragen. Wenn er es für opportun befindet, kommt die Bestätigung des nationalistischen Ressentiments – „Wir“ brauchen die Ausländer und sie nützen „uns“ doch auch! – mächtig daher; so sollen undifferenzierter Hass und eigenmächtige Übergriffe auf die Fremden gebremst werden.

5. Anders verhält es sich mit der offiziellen Ausländerfeindlichkeit, die im letzten Jahrzehnt in den westlichen Staaten entstanden ist und sich auf eine Kategorie von Migranten richtet, die gar nicht durch die Zugehörigkeit zu einer anderen Nation als fremd identifiziert werden, sondern

☛ Weiterlesen zum Thema:

GEGENSTANDPUNKT 4-10

Politische Vierteljahresschrift

Thilo Sarrazins großer Wurf „Deutschland, erwache!“ – reloaded 2010

Das Buch wird zum Bestseller, der nicht nur großen Teilen des Volkes aus dem Herzen spricht. Auch den politisch Verantwortlichen im Land bietet er die gern ergriffene Gelegenheit, den wahren Gehalt ihrer Verantwortlichkeit zur Sprache zu bringen und auch, wie sie praktisch der „Problematik“ zu begegnen gedenken, die der Autor ausbreitet. Der meinungsbildenden demokratischen Öffentlichkeit gibt er gleichfalls viel zu denken. Nach ausgiebiger Prüfung tendiert sie überwiegend dazu, einem mutigen Tabubrecher Anerkennung entweder wegen seines Mutes zu zollen, einmal gesagt zu haben, was Sache ist in Deutschland. Oder deswegen, weil seinetwegen endlich eine „Diskussion“ in Gang gekommen ist, in der diese Sache im Zentrum steht. Der Gegenstandspunkt behandelt das Buch und die Debatte.

Die USA streiten über ihre illegalen Ausländer Wer ist eigentlich ein richtiger Amerikaner?

Wahlen in Wien und ihre Bewältigung Ein demokratisches Wechselspiel zwischen Führung und Volk in Sachen Ausländer und deren Integration

Die Regierung reagiert auf die Unzufriedenheit mit ihrer Politik mit einem Herbst der Entscheidungen • Atomkraft im nationalen Energiemix – eine Waffe in der imperialistischen Staatenkonkurrenz • Die Nobelpreise für Frieden und Wirtschaft: Doppelte Ehre für die Freiheit von Macht und Markt • Der Kampf um „Stuttgart21“: Ein Bahnhof wird zur Staatsaffäre! Ein demokratischer Dialog in 5 Akten • Der Kampf der IG Metall gegen „prekäre Beschäftigung“ • Die deutsche Presse zu den Rentenprotesten in Frankreich: Die spinnen, die Gallier! • Envio-Skandal: „Die größte PCB-Katastrophe seit Jahrzehnten“ • Der Einsturz der Mine San José in Chile: Ein Unglück wie aus dem Bilderbuch • „Herbstaktion“ des DGB: So nicht! Für soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren ist jämmerlich! • ...

Im Buchhandel erhältlich:

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A
Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9

Nürnberg:

Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofplatz 8
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38
Hugendubel, Ludwigswplatz 1

durch ein Glaubensbekenntnis. In Frankreich trifft es die Nordafrikaner, in England die Pakistani, in Deutschland die Nachkommen der türkischen Gastarbeiter, die früher alle als Angehörige ihrer jeweiligen Nation wahrgenommen und auch schon ekelhaft genug behandelt wurden; heute verschmelzen diese Nationalitäten in der Figur des Moslems. Seine Religion ist die störende Andersartigkeit, die eine Integration erschwert oder verhindert. Den Islam lassen die Länder der Religionsfreiheit nicht als Privatsache gelten, jedenfalls nicht so einfach wie andere Religionen. Sie bezweifeln, dass dieser Glaube sich darauf beschränkt, brave Privatreligion zu sein, die man keinem nehmen will, und hegen den Verdacht, dass er doch mehr, nämlich praktisch-politischer, mit den westlichen Verhältnissen unverträglicher Wille ist.

Die Charakterisierung dieser Religion trägt Züge eines Feindbilds. Man erfährt über sie nichts als die Liste ihrer Verstöße gegen Modernität und Freiheit. Erstens hat der Islam die schmerzhafteste Aufklärung versäumt, die dem Christentum so gut tut; er ist buchstabengläubig, intolerant und tötet. Zweitens – das leistet die Trias: Kopftuch, Zwangsehe, Ehrenmord – hat Mohammed im 7. Jahrhundert die Unterdrückung der Frau verordnet, die bei uns seit ein paar Jahrzehnten offiziell nicht mehr erlaubt ist. Freie Denker vertiefen sich begeistert in die verkehrte Religion und tragen mit Koranstudien und Islamwissenschaft zur kritischen Prüfung und dadurch zur Objektivierung des Feindbilds bei. Im Ergebnis wird die Ausgeburt der fremden religiösen

Phantasie unter die Kategorie Verbrechen und Unterdrückung subsumiert; ein Urteil, das seinerseits die Unterdrückung der üblen Gesinnung nötig und gerechtfertigt erscheinen lässt. Der Islam verdient, wenn nicht gleich Verfolgung, so doch das Misstrauen, das der Westen ihm entgegenbringt.

Auch in diesem Fall rechtfertigt das Feindbild eine politische Feindschaft, die andere Gründe hat als die moralische Ablehnung der fremden Moral. Allerdings handelt es sich schon um

Diskussionsveranstaltung

Die Diplomatie Handwerkszeug der Staatenkonkurrenz

1.2. Dienstag, 20 Uhr,
Desi, Brückenstraße 23, Nbg.

Unser öffentlicher Diskussions-
termin in der Desi findet jeden
Dienstag statt. Themen unter:
www.sozialistischegruppe.de

der durchgesetzten Weltordnung des Kapitals, sind also nicht staatlich definiert, sondern als nicht-staatliche Terroristen, die ihre radikalen Motive dem Islam entnehmen. Die Feindschaft der Weltordnungsmächte schließt also die islamische Region mit ein, sofern diese als Nährboden und Waffe der Gegner identifiziert ist. Am Hindukusch begründen die Taliban ihren anti-amerikanischen und antiwestlichen Kampf mit dem Islam; und der Westen begründet das Engagement für seinen Statthalter Karzai mit dem Kampf gegen den Islamismus, gegen die Burka und für Mädchenschulen. Die Kritik an der Religion, die antiwestliche Radikalisierung nicht zuverlässig verhindert, rechtfertigt jedes Zuschlagen der zivilisierten Staatenwelt.

Andererseits richtet sich deren Kampf auch wieder nicht gegen den Islam; man hütet sich, sich die ganze islamische Welt von Marokko über Bosnien bis Indonesien zum Feind zu machen. Feind ist „bloß“ der politische Islam, der Aufstand gegen die westliche Penetration und Dominierung des Morgenlandes. Es ist bezeichnend, dass führende Politiker sich immer wieder zu Klarstellungen genötigt sehen: Die USA, so versichert Präsident Obama, befinden sich nicht im Krieg mit den Moslems; auch der Islam gehöre heute zu Deutschland, setzt der deutsche Bundespräsident hinzu. In ihren Dementis geben sie zu erkennen, wie fest das Feindbild sitzt, welches sie und ihre freie Öffentlichkeit in einem Jahrzehnt des Antiterrorkrieges etabliert haben. Sie geben sich große diplomatische Mühe, ein Feindbild zu differenzieren, was der Natur eines solchen im Grunde widerspricht. Ein unmenschliches Monster hat schließlich nicht böse und gute Seiten.

Das Ringen der Staatsmänner um die (Unter-)Scheidung von eigentlich tolerierbarer islamischer Religion und fundamentalistischem Verbrechen bekommt die eingewanderte islamische Bevölkerung in Amerika und Europa zu spüren. Die Moslems mit dem Migrationshintergrund werden zu Opfern des ebenso unverzichtbaren wie um selektive Anwendung bemühten Feindbilds.

Und das nicht erst, wenn man die Moscheen verdächtigt, Rekrutierungsfeld und Rückzugsraum von Al Kaida zu sein – auch das gab es und gibt es immer mal wieder. Die Unvereinbarkeit mit der als antiwestlich identifizierten Glaubenskultur ist umfassender: Auch wenn sie unpolitisch bleiben, passen diese Leute nicht ins Abend-

land, es sei denn, sie beweisen „uns“ glaubwürdig, dass sie ihren Allah hinter unseren säkularen Staat, der über allen Göttern thronet, zurückzusetzen bereit sind. Darüber, ob und wie so ein Beweis echter Loyalität zu liefern ist, der „uns“ zufriedienstellt, entbrennt überall ein fundamentalistischer Streit. Der heißt in Deutschland Integrationsdebatte. ◀ 3

brüder: Denen soll der Staat ihre schätzbaren Arbeits- und Lebensverhältnisse in diesem Land verwehren. Die sind ein deutsches Privileg: eine ebenso *bescheidene* wie *gemeine* Forderung.

Aber wer hat schon was gegen die Forderung nach „Arbeitsplätzen“, diesem hohen, nationalen Gut? Gegen diese Forderung ist man nur, wenn man weiß, was Arbeitsplätze *wirklich* sind: nämlich das marktwirtschaftliche Elend, dass die *Lebensinteressen* der Mehrzahl der Leute von kapitalistischen *Geldinteressen* abhängig gemacht sind. Leute, die kein nennenswertes Geldeigentum haben, *müssen* für Lohn arbeiten. Und dieser Zwang, sich fremden Interessen dienstbar machen zu müssen, schließt noch nicht einmal ein, dass man dann auch die Gelegenheit dazu erhält – die stiftet nämlich streng marktwirtschaftlich die unternehmerische Kalkulation mit der Arbeit: sie allein entscheidet darüber, ob man überhaupt und wer sich an einem Arbeitsplatz nützlich machen *kann*. Wenn diese das ganze Leben bestimmende Abhängigkeit durchgesetzt und anerkannt ist, dann haben Arbeitnehmer dieses grundverkehrte, systemnützliche und von der Politik deshalb auch anerkannte Bedürfnis nach *Beschäftigung*: Sie betteln um Arbeitsplätze – haargenau so wie NPDler sie als Erfüllung deutscher Arbeiterträume fordern! Und wenn man sich das Bedürfnis nach Beschäftigung und Hilfe vom Staat zur schlechten Gewohnheit gemacht hat, dann leuchtet es einem auch ein, wenn Merkel oder Gabriel ausrufen: „*Sozial ist, was Arbeit schafft!*“ Wenn die deutsche Politik einen deutschen Baukonzern vor der

Was die Sorge um die Begeisterung für die nationale Sache angeht, unterscheiden sich Demokraten nicht von den Nazis.

Übernahme durch einen spanischen schützt, wenn sie Niedriglöhne durchsetzt, damit in Deutschland rentabel gearbeitet wird, dann „*rettet sie deutsche Arbeitsplätze!*“ – und bedient das Bewusstsein systemtreuer Arbeiter mit der volksfreundlich-verlogenen Formulierung für Standortpolitik, die die Förderung der deutschen *Wirtschaft* mit einem *nationalen Sozialdienst* gleichsetzt. Ist da noch ein Unterschied auszumachen zu der Parole „*Sozial geht nur national!*“?

☛ „**Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!**“

Dass Rechtsradikale mit ihrem Nationalstolz sich selbst feiern, um Fremde auszugrenzen, das ist euch klar, und das könnt ihr nicht leiden. Aber was sagt ihr, wenn sich die Kanzlerin oder der Präsident aufbaut und Fremden, die in Deutschland vielleicht arbeiten und leben wollen, zuruft: „*Wir sind eine Wertegemeinschaft!*“? Fällt euch da auch auf, dass hier ein Anführer seiner Gemeinschaft ein penetranter *Selbstlob* zuspricht? Dieses Selbstlob ist zugleich eine Drohung: Da wird nämlich den Fremden, die sich hier aufhalten wollen, der Maßstab aufgemacht, an den sie sich bedingungslos *anzupassen* haben. Ein Lob an die eigene Adresse, das schon überhaupt keine Begründung

mehr braucht, *was* an dieser deutschen Gemeinschaft so toll sein soll, weil der Begriff der „*abendländischen*“, „*westlichen*“ oder eben: „*deutschen Werte*“ für sich schon sagt, dass alle Mitglieder den höchsten und besten Prinzipien dienen? *Genau so*, als spitzenmäßige Wertegemeinschaft, wollen demokratische Politiker ihre Nation verstanden wissen und ermuntern auf diese Art ihre deutschen Bürger dazu, *auf sich als Deutsche* stolz zu sein!

Diese Ermunterung findet beim angesprochenen Volk ein bombiges Echo, das wisst ihr auch: Erstens in der soliden, politisch stets abrufbaren Abneigung gegen *Fremde*. Zweitens lässt sich das Volk noch so blöde Gelegenheit, die ihm von oben geboten wird, entgegen, sein verkehrtes Bedürfnis nach einer höheren verschworenen Gemeinschaft, die einen stolz macht, zu befriedigen: „*unsere Lena*“, „*unser Aufschwung*“, die Fußball-Nationalmannschaft, „*wir sind Papst!*“, usw. usf. – Verkehrt schon deswegen, weil es im marktwirtschaftlichen Alltag dieser deutschen Gemeinschaft von beinharten Gegensätzen nur so wimmelt. Gegensätze, die übrigens gerade das sog. „*einfache Volk*“, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Mieter, usw., sehr genau kennt und jeden Tag sehr unangenehm zu spüren bekommt. Für gute Patrioten sind das jedoch nur Widrigkeiten, die unbeachtlich sind, wenn man einem so großartigen nationalen

Kollektiv angehören darf. Das bietet mit viel Einbildung eine gemütliche Heimat, wichtiger aber noch: Der Stolz auf dieses vorzügliche Kollektiv erlaubt, die Fremden, die der Glanz der Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv nicht veredelt, von oben herab anzuschauen, ja zu verachten.

Was unterscheidet eigentlich diese allseits praktizierte und anerkannte Unsitte von den Rechtsradikalen? Ist es am Ende nur die rohe, ungehobelte, mit Knobelbechern und Braunhemd demonstrativ vorgetragene *Art*, die anständige Deutsche stört? Die Nazis nehmen sich heraus, ihren nationalistischen Stolz *ungebremst* zur Schau zu stellen. Aber sind denn Fahnen-schwenken, Grölen und Gesichter-Anmalen beim Public-Viewing ganz was anderes und haben mit diesem nationalistischen Stolz *nichts* zu tun?

☛ „**Die globale Krise zerstört unsere Wirtschaft. Kauft deutsche Produkte!**“

☛ „**Volksgemeinschaft statt Globalisierung!**“

So tönen Neonazis zur Weltwirtschaftskrise. Auf die Tour, Deutschland als *Opfer* auszugeben – unverantwortliche Geldhäusern in Amerika waren die Haupttäter – haben sich auch Merkel, Steinbrück, Schäuble usw. verstanden. Aber das war nur der Auftakt zum Angriff auf andere Staaten: Jetzt werden „*wir*“ die niederkonkurrieren. *Deutschland* soll stärker aus der Krise hinausgehen, als ...; *Frankreich* geht es nichts an, wenn *wir* durch Lohnsen-

kungsrunden den Rest von Europa niederkonkurrieren; die *Griechen* sollen für ihre Erfolglosigkeit zahlen, damit unser Euro nicht kaputt geht. Das sind nichts anderes als die gar nicht „gestrigen“, sondern demokratisch-aktuellen Ansprüche und Zurechtweisungen, mit denen die deutsche Regierung mit all ihrer Macht Schaden von der *deutschen Nation* abwendet und anderen Nationen aufhals: Ein verdienendes Bankenwesen, wachsende Unternehmensbilanzen und eine erfolgreiche Währung für den *deutschen Standort* – das sind die Sorgeobjekte der Politiker, denen sie alle anderen Lebensinteressen, sei es in Deutschland oder anderswo, bedingungslos unterordnen. Eine nationale Öffentlichkeit verdolmetscht mit einem gigantischen Propagandaaufwand diese *Staatsorgen* den Leuten, die von ihrer Händ-

de Arbeit leben müssen, als ihre eigenen Interessen: „*Unsere Wirtschaft*“ muss gut durch die Krise kommen. Dass „*deutsche Produkte*“ von den Deutschen gekauft werden sollen, damit „*unsere Wirtschaft*“ nicht an der Krise leidet, diese Parole der Neonazis ist den regierenden Standortpolitikern allerdings wirklich zu bescheiden – die senken mit Leih-, Kurzarbeit, ihrer Niedriglohn- und Armenpolitik dermaßen den Preis der Arbeit, dass *die ganze Welt* an deutschen Produkten als unwiderstehlichem kapitalistischem Angebot nicht vorbeikommt. Dass sie anderen Staatsführern da und dort auch mal Zugeständnisse machen, das ist deswegen auch alles andere als eine *naionale Schwäche*, wie die Rechtsradikalen meinen, wenn sie Merkel, Westerwelle und Co die „*Globalisierung*“ als „*Verrat an der deutschen Volksgemeinschaft*“ vorwerfen. Das gehört vielmehr mit zu dem Instrumentarium, mit dem moderne Weltmarktstrategen kühl kalkulierend der deutschen Wirtschaft den *globalisierten Markt* erschließen und sichern.

☛ „**Raus aus Afghanistan – kein Blut für die USA!**“

Da haben die Nazis doch wirklich „in die Mitte der Gesellschaft“ getroffen. Wer ist, die Regierenden eingeschlossen, mit *diesem* Krieg schon zufrieden? Längst werden Abzugspläne geschmiedet, seit Kriegsbeginn wird mit den USA um die Kriegslasten gestritten, weil Verlauf und Ergebnis für *die Nation* zu wünschen übrig lassen. Diese Skepsis verwechselt auch niemand mit einer Gegnerschaft gegen Krieg überhaupt: Dass der Einsatz von Waffen und Volk ein legitimes Mittel demokratischer Politik ist, daran haben sich längst alle gewöhnt, bis auf eine als weltfremd verschriene kleine Minderheit bei den Linken vielleicht.

Nur: Ein Krieg muss sich eben *lohnen*, für die Nation, und da beschleicht mit jedem aus Afghanistan heimkehrenden Zinksarg Rechtsradikale ein besonders starker Zweifel, weil sie der offiziellen *Kriegslegende*, wie jeder andere gestandene Nationalist auch, nicht auf den Leim gehen: Dass deutsche Soldaten sterben *bloß* für „Brun-

nenbau“, „*Mädchenschulen*“ und „*Demokratie*“ „dort hinten“, *das* ist für jeden national denkenden Deutschen sowieso eine Zumutung. Wenn Krieg geführt wird, dann für die machtvolle Durchsetzung *deutscher* Staatsinteressen gegen alle anderen. Eine Regierung, die mit so verlogenen Begründungen daherkommt, kann in den Augen der Nazis nur vertuschen wollen, dass sie sich in Wahrheit als *Lakai fremder Interessen* betätigt, wenn sie ihre Truppen nach Afghanistan schickt. Sie lässt sich einspannen für einen „*US-Krieg*“, weswegen die Neonazis die Behauptung, dass Deutschland „*am Hindukusch verteidigt wird*“, nur für die Ausrede einer schwachen Regierung halten, die Deutschland an die USA verkauft. So vermögen sie *überhaupt keinen deutschen* Ertrag mehr zu erkennen, weil sie die übergeordneten Kalkulationen der deutschen Kriegsherren mit NATO, UN und USA verpassen: Deutschland kämpft in Afghanistan eben um seine Rolle *in* seinen Bündnissen, es setzt auf sein Gewicht *in* der UN als Instrument deutscher Weltpolitik und kalkuliert bis auf Weiteres *mit* den USA. Eine schöne Problemlage einer modernen Mittelmacht, deretwegen sich aber eben *eindeutige* Parolen *gegen* die Führungsmacht verbieten!

* Eine ordentliche Auseinandersetzung *zwischen* Demokraten und Rechtsradikalen um all diese Parolen findet nicht statt. Von den Rechten ohnehin nicht: Nazis sind Gegner der Demokratie, weil sie ihre nationalen Anliegen von der schlecht bedient, ja verraten sehen, und sie greifen diesen Staat an. Aber auch gute Demokraten führen diese Auseinandersetzung nicht: Was die Sorge um und die Begeisterung für die *naionale Sache* angeht, unterscheiden sie sich ja gar nicht von den Rechtsradikalen, können sie also auch gar nicht *kritisieren*. Eins können sie aber schon: Die Neonazis mit dem Hinweis auf die Verbrechen, die ihre Vorläufer in Deutschland und der Welt angerichtet haben, *ächt*en, und – wenn es regierende Demokraten für opportun halten – mit den Mitteln der staatlichen Gewalt *verfolgen*. Den Beweis für die Güte und Überlegenheit der Demokratie führt die demokratische Herrschaft also ausschließlich so, dass sie ihr Gewaltmonopol gegen eine unliebsame Konkurrenz ins Feld führt und durchsetzt. Da findet eine *Konkurrenz um die Herrschaft* statt. Die Konkurrenten sind sich spinnefeind, das ist überdeutlich. Aber ist es deswegen richtig, in dieser Konkurrenz *Partei zu ergreifen* und sich am Ende auch noch mit dem Zuschlagen der Staatsgewalt *gemein* zu machen, es sogar zu fordern? Irgendwie konsequent ist das offensichtlich schon, wenn man alles, was man an der bundesdeutschen Demokratie für kritikabel hält, zurückstellt hinter das alles überragende Anliegen, die Demokratie zu *verteidigen*. ◀

Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.; E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen